

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 9

Artikel: Demokratie, Demokratisierung, Sozialdemokratie. II.
Autor: Engler, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Urs Engler

Demokratie, Demokratisierung, Sozialdemokratie (II) *

A. Zum Begriff Demokratisierung

Auf die Problematik des Begriffes «Demokratisierung» hat Wilhelm Hennis in polemischer Form hingewiesen. Noch mehr als das Wort «Demokratie» fördert dieser Ausdruck die Missverständnisse. «Demokratisierung» kann die gedankenlose Parole für ein gutes Betriebsklima oder mehr Toleranz sein. Das Wort kann den Einsatz für die Verwirklichung echter Demokratie bezeichnen, kann aber auch einen «Prozess» als Selbstzweck benennen oder schliesslich die Parole für die Beseitigung von Herrschaft überhaupt sein.

Nach den obigen Ausführungen zur Demokratie dürfte klar sein, dass «Demokratisierung» in diesem Aufsatz die Herstellung und Gewährleistung echter Demokratie (mit all ihren immanenten Schranken) bedeutet. Demokratisierung bedeutet wie erwähnt nicht einfach «mehr Abstimmungen»; im Gegenteil: eine Reduktion von Urnengängen kann durchaus ein Plus an Demokratie schaffen. Demokratisierung heisst Verwesentlichung der Demokratie und damit – nach meiner Meinung – kurz zusammengefasst: Stärkung der repräsentativen Demokratie an der Spitze, Ausbau der direkten Demokratie an der Basis.

B. Das «Kuckucksei im Nest der Unternehmer»

Es ist oben unter I. C. ausgeführt worden, dass die in-input-orientierten Beteiligungsvorstellungen der Demokratie leicht die begrenzte Kapazität des Menschen übersehen.

In der Gestalt von Behauptungen (und zum Teil Erfahrungen), dass eine Demokratisierung der Produktionsprozesse zu bessern Leistungen führe, haben sich nun out-put-orientierte Hilfsbegründungen eingestellt. Eine stärkere Beteiligung des einzelnen kann tatsächlich die Leistungsfähigkeit von Gruppen erhöhen und ein rascheres Erkennen und Beheben von Fehlern ermöglichen. Je komplexer der Produktionsprozess wird, desto wünschbarer wird dies. Reimer Gronemeier schreibt daher von der «funktional erzwungenen Demokratisierung als Kuckucksei im Nest der Unternehmer» und hofft: «Wo Ohnmacht punktuell durchbrochen wird, setzen neue, folgenreiche Machterfahrungen ein. Wem man den kleinen Finger reicht, der will bald die ganze Hand.»

* vgl. Profil 7/8, S. 193 ff.

Das letztere gilt aber auf beiden Seiten, und leicht könnte eine solche Argumentation ihrerseits zum Kuckucksei werden! Hier werden Massstäbe als relevant erklärt, die im Grunde genommen dem Demokratisierungspostulat nicht entsprechen. «Demokratisierung» hat hier einen handfesten materiellen Hintergrund im Unternehmerinteresse, gegen den die idealistische Hoffnung auf eine schliessliche verbindliche Neuinterpretation des Leistungs- und Effizienzbegriffes in der Luft hängt.

Empirisch lässt sich belegen, dass eine derartige «Demokratisierung» bei unpolitischen Arbeitnehmern zu einer Identifizierung mit den Unternehmen und ihren Interessen führen kann. Dies dürfte ein Grund dafür sein, weshalb sich einsichtige Unternehmer gegen einen isolierten betriebsinternen Ausbau des Mitspracherechtes kaum mehr wehren, jedoch nach wie vor entschieden gegen eine Einsitznahme von «betriebsfremden» Gewerkschaftsfunktionären in die leitenden Gremien sind. Auf diese Weise gelingt es ihnen oft leicht, eine Kluft zwischen ihren Arbeitnehmern und deren Gewerkschafts«bonzen» aufzureissen.

Es gälte deshalb, vorerst das politische Bewusstsein der zur Beteiligung Aufgerufenen zu wecken und ihm dann durch Demokratisierungsprozesse ein Betätigungsfeld zu geben. Die Auffassung, der Prozess könnte in umgekehrter Reihenfolge ablaufen, scheint fragwürdig zu sein. Auf jeden Fall ist die Hoffnung, es könne zum Beispiel mit der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative ein gleichsam automatisch ablaufender Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt werden, kaum berechtigt.

C. Grundbedürfnis nach Engagement?

Man mag die auf Erfahrungen beruhenden Einwände bezüglich der Interesselosigkeit vieler Bürger mit der Behauptung bekämpfen, der Mensch habe in Wirklichkeit ein Grundbedürfnis nach Beteiligung und es gelte bloss, dieses freizulegen. Tatsächlich lässt sich diese Behauptung – so gut wie ihr Gegenteil – verbindlich weder beweisen noch widerlegen. Immerhin scheint mir doch mehr dafür zu sprechen, dass der Mensch dazu neigt, Mühen und Risiken (wie sie jeder echte Entscheid mit sich bringt) zu vermeiden, und nach einem ruhenden Weltbild strebt, das ohne sein aktives Eingreifen (und dasjenige anderer) auskommt.

Die Postulanten der «Rätedemokratie» und die Ideologen der «Bürger-Initiativen» gehen von der gegenteiligen Annahme aus und setzen die «Spontaneität als zentrale Kategorie» (Udo Bermbach) voraus. Davon ausgehend, konstruieren sie dann kunstvolle Gebilde von ehrenamtlichen, stets abberufbaren Räten auf verschiedener Ebene. Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, dass die Rätediskussion in jüngster Zeit wieder eine erhebliche Aktualität gewonnen hat und die «Rätedemokratie» vielfach zur «direkten Demokratie» schlechthin erklärt wird. An die Praktikabilität der unter diesem Titel angebotenen Modelle dürfte jedoch kaum jemand ernsthaft glauben. Es handelt sich hier weitgehend nur um «kritische

Theorien» zur Beurteilung der praktizierten Demokratie. Sie wollen die Komplexität der modernen Industriestaaten nicht erfassen, sondern ihnen in bewusster Reduktion ein einfaches und überschaubares Organisationsmodell gegenüberstellen. Dieses Programm mag verlockend sein. Es vergrössert aber die mit ihm bekämpfte Entfremdung des einzelnen Bürger eher, als es sie abbaut.

Direktdemokratische Modelle der erwähnten Art können bestenfalls für kleine Einheiten taugliche Anweisungen für die Praxis ergeben. Gegenüber den bedrängenden Problemen der Demokratie im umfangreichen Leistungsstaate haben sie wenig anzubieten. Sie führen allenfalls nur zu einer Disqualifizierung des Praktikabehn. Es ist bemerkenswert, dass diese Modelle dort, wo sie angeblich funktionieren, zumeist auf einem vorgegebenen Interesse aufbauen können, das sich bereits im Beitritt zur derart demokratisierten Organisation dokumentiert hat. Bei staatlichen Körperschaften ist dies anders!

Rudolf Schilling hat in seinem «politischen Kochbuch» «Die Demokratie der Teilnahme» (Zürich 1973) eine grosse Zahl von Vorschlägen für eine direktdemokratische Umorganisation entwickelt. Das Buch ist lesens- und bedenkenswert und von einem erfreulichen direktdemokratischen Optimismus durchpulst. Aber auch er vermag meines Erachtens auf die bedrängendsten Fragen keine Antwort zu geben. Seine Demokratie ist die Demokratie der Gemeinde, des Strassenbaues oder der Quartierplanung und setzt den interessierten Bürger voraus. Verlockend scheint sein Vorschlag, «Artikulationshelfer» zur Aktualisierung des als latent vorhanden angenommenen Interesses einzusetzen. Dass Schilling als Journalist dabei vor allem an die Presse denkt, ist ihm nicht zu verargen. Ob eine Herrschaft der Journalisten aber wirklich viel demokratischer wäre als die der politischen Amtsträger, scheint mir fraglich.

D. «Bürger-Initiativen»

Bürgerinitiativen sind primär Ausdruck des Kampfes um die menschlichen Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Wohnung, Ruhe und Lernen. Das Wohnungs-, das Gesundheits- und das Schulwesen sind denn auch ihr häufigstes Arbeitsfeld.

Den Ideologen der Bürgerinitiativen geht es jedoch um mehr als um die Behebung einzelner Missstände. Bürgerinitiativen sollen nicht «Frühwarnsysteme» zugunsten einer Anpassung der Verwaltungstätigkeit sein, sondern sich bewusst «nicht an das Reglement halten, in dessen Grenzen die offizielle Reformpolitik verläuft», schreibt Claus Offe und folgert, dass sich diese «durch mangelnde Radikalität ihrer Forderungen . . . implizit überflüssig» machten.

Bürgerinitiativen liegen so verstanden genau auf der Grenze zwischen systemimmanenter Evolution und systemüberwindender Revolution. Sie wollen die bestehende Ordnung nicht unmittelbar beseitigen, sie aber

punktuell bis zur Grenze des Erträglichen strapazieren, um so deren schwache Stellen blosszulegen und damit neue Tätigkeitsfelder zu öffnen. Sie appellieren an die Toleranz, an das Verhältnismässigkeitsprinzip und an die Bereitschaft zur Gewährung von Ausnahmen. Das «System» wird so zu widerwillig erbrachten Leistungen provoziert, die dann systematisch als Präzedenzfälle angeführt werden können. Darüber muss man sich im klaren sein, wenn man im Einzelfalle für Nachsicht plädiert.

Dass man bei allen Aktionen, gehe es nun um Dienstverweigerer, Grünflächen oder Wohnhäuser, immer wieder die gleichen Leute trifft, ist so leicht zu erklären. Ihr Motiv ist das (vielleicht berechnete) grundlegende Unbehagen und Misstrauen gegenüber der bestehenden Ordnung, während das Fussvolk meist nur punktuell zu mobilisieren ist. Aus diesem Grunde fehlt dem Publikum auch leicht das Verständnis, wenn die Behörden sich einmal genötigt sehen sollten, «durchzugreifen».

Was hier im Einzelfall als Demokratisierung erscheinen kann, ist, gesamthaft betrachtet, weit schwieriger zu beurteilen. Es kann möglicherweise eine Demokratisierung bedeuten, indem es eine undemokratische Herrschaft verunsichert. Verunsichert und letztlich vielleicht lahmgelegt werden kann aber auch die praktizierte Alltagsdemokratie. Dann würde sich zeigen, dass mit punktuell mobilisierten «direktdemokratischen» Aktionen eine dauerhafte Demokratie nicht zu gewährleisten ist – doch dann wäre es bereits zu spät.

III. Sozialdemokratie

Unsere Partei ist vor allem in den Städten zur Regierungspartei par excellence geworden. Immer wieder sehen sich ihre Mitglieder daher in die Lage gedrängt, das Handeln ihrer Behördevertreter rechtfertigen zu müssen. Andererseits sollte unsere Partei als sozialistische Partei nach wie vor eine ideologische Ausrichtung haben, die letztlich gegen die bestehende Ordnung gerichtet ist. Beides ist nur schwer unter einen Hut zu bringen.

Die SP-Parlamentarier und -Regierungsmitglieder werden von Kompromiss zu Kompromiss getrieben, bis sich ihr Sozialismus schliesslich in nichts oder in schöne Worte aufgelöst hat. Oder aber, sie legen sich im Parlamentsbetrieb unberechenbar quer, vielleicht nur, um sich für die damit eingehandelte Verachtung im Parlament mit der bei der Basis erworbenen Popularität schadlos zu halten.

Die SP hat sich in den letzten Jahren mit Recht vielen Richtungen geöffnet. Zu integrieren aber vermochte sie sie bisher kaum. Sie verschaffte diesen Richtungen zwar Zugang zu den Ratsälen, bewirkte damit aber in erster Linie, dass ein wirksames, geschlossenes Auftreten ihrer Fraktionen schwieriger geworden ist als früher.

Die Politik wird heute wieder mehr als früher ausserhalb der Ratsäle gemacht. Da sind einerseits die neuen Gruppen der Linken (und Rechten), die sich lautstark zu Worte melden, und andererseits die mächtigen Massen-

medien mit den sich auf Kosten der Meinungspressen breitmachenden «unabhängigen» Zeitungen. Es ist nötig, dass ein Parlamentarier diese Tatsachen wahrnimmt und berücksichtigt. Nicht nötig ist jedoch, dass er innerhalb und ausserhalb des Ratsaales jede Gelegenheit benützt, um sich als partei- und fraktionsunabhängig zu profilieren. Ein Parlamentarier hat meines Erachtens auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Anliegen der Fraktion und des Parlamentes bei seinen Wählern zu vertreten. Dies muss Bestandteil der Demokratie als Legitimierungsfaktor (siehe oben I. E.) sein. Weigert er sich, dies zu tun, so verkennt er den Sinn des Parlamentarismus und den Sinn demokratischer Wahlen. Politische Einzelkämpfer haben im Parlament im Grunde nur dann eine Berechtigung, wenn sie mit eigener Kraft auf einer eigenen Liste gewählt worden sind. Wer ausserhalb der Ratsäle seine persönliche Politik machen will, soll dies tun. Nur sollte er dann ehrlicherweise auf das Podest eines Parlaments-sitzes verzichten. Allerdings würde er dann vielleicht merken, dass er ohne die Zwielfichtigkeit seiner politischen Existenz für die umworbenen Massenmedien nicht mehr interessant wäre.

Hier ist eine Einschränkung am Platze: Es gibt Leute, auch Parlamentarier, denen man auf Grund ihrer bisher erbrachten Opfer ihre Überzeugung «abkauft», selbst wenn sie den traditionellen Rahmen sprengt. Zu ihnen gehört wohl Arthur Villard, wobei allerdings festzustellen ist, dass auch er im Begriffe ist, eine unsozialistische Eitelkeit zu entwickeln.

Daneben aber gibt es eine grosse Zahl von Politikern, die – meist in ehrlicher Überzeugung – meinen, die SP könne die Schwierigkeiten ihrer Existenz zwischen sozialistischer Zielsetzung und sozialdemokratischer Regierungspolitik mit einem unerschöpflichen Schwall von Toleranz gegenüber allem und jedem übertünchen. Es ist richtig, wenn das Gespräch gesucht wird. Mit einem Bekenntnis zum Gespräch aber ist es nicht getan. Man muss auch Stellung nehmen und dann zu ihr stehen, selbst wenn dies unbequem wird. Dabei ist es oft unangenehmer, ausserhalb von Partei oder Fraktion zur SP zu stehen, als innerhalb eine oppositionelle Meinung zu vertreten. Von einem SP-Vertreter aber muss erwartet werden, dass er nicht den angenehmsten Weg wählt. Das einfache Parteimitglied nimmt sich hier mit Recht mehr Freiheiten heraus.

Demokratie – Demokratisierung – Sozialdemokratie? Die SP hat sich für den Weg der schweizerischen Demokratie entschieden, ohne damit deren Ordnung als sakrosankt zu betrachten. Ihr Bekenntnis zur Demokratisierung geschieht auf dem dafür vorgezeichneten Initiativweg und durch Verhandlungen auf der Ebene der Verbände. Die SP glaubt, zumindest bis heute, dass die Schweiz auf diesem Wege in ihrem Sinne zu verändern ist. Dabei verkennt sie wohl nicht, dass stets eine Ordnung und eine «Herrschaft» im weitesten Sinne nötig sein wird. Die «Demokratisierung» muss die Erfordernisse des Leistungsstaates berücksichtigen. Wir sind zu Recht nicht bereit, die sozialen Errungenschaften zugunsten von vagen Ideal-

vorstellungen zu gefährden. Unsere Demokratie und unsere Demokratisierung muss daher vom Volke und vom Staate, wie sie sind, ausgehen. Auch wir haben Idealvorstellungen, aber wir wissen, dass wir sie zuerst verwirklichen müssen und nicht so tun können, als sei dies in Wahrheit bereits der Fall. Für uns gibt es auch in bezug auf die Demokratisierung nicht nur die Alternative «alles oder nichts», sondern wir bekennen uns dazu, dass gerade in der Auseinandersetzung um die Grenzen der Demokratie echtes demokratisches Bewusstsein geschaffen wird.

Dabei ist die Einsicht zu stärken, dass eine demokratische Ordnung ohne mittelbare repräsentative Elemente letztlich undenkbar ist. Die parlamentarische Demokratie ist in weiten Bereichen zu stärken, auch wenn dies scheinbar einem Abbau der direkten Demokratie ähnlich sieht. Dafür ist um so entschiedener ein Ausbau der direkten Demokratie in jenen Bereichen zu fordern, die den einzelnen unmittelbar berühren. Wir dürfen uns nicht von der angeblich bereits verwirklichten direkten Demokratie von einer Demokratisierung abhalten lassen, wollen uns aber auch nicht durch die Einsicht in das Versagen der praktizierten Demokratie den Mut für deren Ausbau nehmen lassen.

Eine «doppelte Legalität» oder eine «doppelte Strategie» darf es dabei für uns letztlich nicht geben. Der Weg der systematischen Unterhöhlung bestehender Institutionen ist nicht der unsere. Damit berauben wir uns zwar vielleicht der Möglichkeit, spektakuläre und rasche Erfolge zu erzielen. Doch was nützen revolutionäre Errungenschaften, wenn darob das oberste Ziel, die grösstmögliche erlebbare Freiheit für alle, verfehlt und verloren wird?

Es ist richtig, wenn auch wir Sozialdemokraten unsere Präsenz «auf der Strasse» dokumentieren und wenn wir offen sind gegenüber Bürgerinitiativen und ähnlichen Aktionen. Aber wir müssen uns klar sein, dass sich daraus einmal Abgrenzungsprobleme ergeben könnten. Wenn wir am Scheideweg stehen, kommen grundsätzlich beide Wege in Betracht. Nur eines ist dann ausgeschlossen: Das eine tun und das andere nicht lassen!